Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pf.

685

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich bei der Post 1 Mark (monatlich 2 Mark) durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sieg" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 18853 Dresden. Emil Schiegel ★ Anzeigenpreis: 40 Goldpfennige für die einmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 60 Goldpfennige für die Reklamezeile und Schluß der Anzeigenannahme an den vorgeschriebenen Tagen ★ Anzeigen und Beilagen müssen bis vormittags 9 Uhr nachmittags sein.

1. Jahrgang — Dresden, Montag den 28. September 1925 — Nummer 142

Das Wüten der Mordbanditen in Ungarn

Genosse Rakosi halbtot gefoltert — Protestaktion der IRH.

Der bürgerliche „Wiener Abend" berichtet: Die Budapester Polizei geht mit Massenverhaftungen vor, und zwar nicht nur gegen die Kommunisten. Die tollkühne Tat des gewesenen Volkskommissars Matthias Rakosi, der sich nach Budapest begeben hat, benutzt die Polizei dazu, sämtliche linksstehenden Sozialdemokraten zu beseitigen. Die ganze Vagi-Gruppe, die bekanntlich als „Sozialistische Arbeiterpartei" aus der Sozialdemokratischen Partei Ungarns ausgeschieden ist, wird jetzt **ausgerottet.** Vagi und die Führer seiner Gruppe wurden bereits vor Wochen verhaftet. Jetzt kommen die übrigen Mitglieder seiner Gruppe an die Reihe. Außer dem Volkskommissar Rakosi und Zoltan Weinberger, sowie einem gewissen Ladislaus Balogh, wurden gestern und vorgestern nicht weniger als über **siebzig** Mitglieder der Vagi-Gruppe verhaftet. Diese Leute gehören verschiedenen Gesellschaftsschichten an, größtenteils sind es Arbeiter, es gibt darunter auch Intelligenzler, Privatbeamte und mehrere Frauen.

Die Folterungen, die der Volkskommissar Rakosi und die übrigen jetzt verhafteten Unglücklichen ausstehen mußten, übertreffen jede Vorstellung. Rakosi selbst, sowie Weinberger wurden in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch halbtot geprügelt.

Rakosi und Weinberger wurden an Händen und Füßen gebunden und auf die Folterbank gezogen. Infolge der fürchterlichen Mißhandlungen, die nicht zu beschreiben sind, erlitt Rakosi eine Verletzung der Wirbelsäule. Nicht genug damit, daß er schwere Stockschläge erhielt, riß man ihm auch die Nägel auf und steckte ihm zwischen die Zehen brennende Holzstücke.

Die übrigen 70 Verhafteten wurden ebenfalls einem „peinlichen" Verhör unterzogen. Die meisten von ihnen, und zwar auch die Frauen, haben blaue und schwarze Flecken von den erlittenen Hieben. Von den Frauen wurde besonders eine Frau Hamann fürchterlich geschlagen, die angeblich der Leitung der kommunistischen Bewegung angehört.

Die Polizeibeamten der Budapester Blätter haben sonst das Recht, [illegible] der Polizeidirektion zu jeder Tageszeit zu betreten. In diesem Falle aber wurde der strenge Befehl ausgegeben, von Dienstag 10 Uhr abends bis auf weiteres **niemand in das Gebäude** in der Józsi-utca einzulassen. Von Mitternacht, als die Einlieferung der Festgenommenen begann, bis Mittwoch abend war das Gebäude der Polizeidirektion von der Außenwelt durch einen dichten Polizeikordon abgesperrt. Selbst die bürgerlichen Blätter verzeichnen diese Tatsache als eine **dunkle Erinnerung** an die ersten blutigen Monate der Horthy-Herrschaft. **Dienstag nacht und Mittwoch den ganzen Tag ertönten aus dem Gebäude der Polizeidirektion fürchterliche Wehrufe.** Die ganze Umgebung hörte erschauernd das Jammergeschrei der Mißhandelten.

Der Zweck der Folterung war, Rakosi und die übrigen Verhafteten zu dem **Geständnis** zu bringen, daß die Mitglieder der Vagi-Gruppe eigentlich den Kommunisten angehörten und von diesen Geldunterstützungen erhalten haben. Trotz der Mißhandlungen legte aber Rakosi ein derartiges Geständnis nicht ab.

Standrechtliches Todesurteil

„Az Est" schreibt, daß der verhaftete Volkskommissar Rakosi auf Grund eines beschleunigten Strafverfahrens zum Tode durch den Strang verurteilt werden wird.

Die Zensur wütet wieder mit der alten Heftigkeit. Den Zeitungen wurde der Befehl der Regierung mitgeteilt, daß sie über die Verhaftungen und Verfolgungen der sozialistischen Arbeiterpartei ausschließlich Mitteilungen der Polizeidirektion veröffentlichen dürfen.

Eine außerordentliche Kontrolle der nach und von Wien verkehrenden Züge wurde eingeführt. Die Züge können aus Budapest seit drei Tagen nur mit großer Verspätung ausfahren. Die Budapester Morgenblätter konnten nicht versendet werden.

„Umsturzangst in Budapest"

Unter dieser bezeichnenden Ueberschrift schreibt die sicherlich unverdächtige regierungsoffiziöse „Prager Presse": „Es ist an der Zeit, nach fünf Jahren der Vergeltung und Verfolgung endlich einmal aufzuräumen mit der Lüge, die je nach dem politischen Tagesbedürfnis ausgestreut wird, daß es in Ungarn umsturzlerische Linksorganisationen gäbe, die von der 3. Internationale reich gespeist würden. Die Polizei hat den ehemaligen Volkskommissarstellvertreter Mathias Rakosi verhaftet. Es ist bloß eine jener periodisch wiederkehrenden Handlungen, die das heutige Regime in Ungarn sofort in Szene setzt, wenn es gilt, gewissen Widerständen zu begegnen oder Vorwände zu schaffen. Solche rein polizeiliche Maßnahmen sind nichts weniger als geeignet, solch internationalen Lärm zu schlagen, es sei denn, daß damit ganz anderes bezweckt wird. In solchen Augenblicken ist es in Budapest ein erprobtes Rezept, Verschwörungen gegen hochstehende Persönlichkeiten oder gegen die Staatsform zu „entdecken". Daß die Kommunisten jetzt nach dem auch gerichtlich erwiesenen Verhältnis „gestehen" werden, ist selbstverständlich, das wird an der Tatsache nichts ändern, daß es in Ungarn heute nur eine einzige Richtung gibt, eine **konservative, reaktionäre, die alles unterdrückt,** was auch nur entfernt den demokratischen Fortschritt zu fördern wünscht. Es gibt keinen Unterschied zwischen einer Politik dieser und transdanubischen Zeit und der des Ministerpräsidenten Bethlen, der nach außen hin oft zu diesen Leuten in Gegensatz zu geraten scheint. All der Lärm, der jetzt wegen der Verhaftung von einigen Fanatikern gemacht wird, ist eben nur Mache, die etwas vortäuschen will, was man im Auslande glauben sollte.

Budapest verfährt darin nach bulgarischem Rezept, oder wenn es so besser paßt, es bleibt sich selbst treu.

Volkskommissarstellvertreter Rakosi hat ganz gewiß **weder in Leipzig** in einer geheimen Großversammlung ungarischer Kommunisten seine Instruktionen bekommen, wie dies die Budapester Polizei so rasch festzustellen vermochte, **noch anderswo.** Es ist nicht üblich, Aktionsprogramme und Listen der durch Fememord zu beseitigenden hohen Persönlichkeiten in der Rocktasche mitzuführen. Wenn in der Untersuchung in knappen 48 Stunden so reichhaltiges Aktenmaterial vorgefunden wurde, Millionenwerte, Handgranatenlager und so weiter, so war dies ein stets vorhandenes Beweismaterial, diesmal gegen die Kommunisten verwendet. Wer in den letzten Jahren Gelegenheit hatte, öffentliche Gerichtssitzungen der ungarischen Gerichte mit Aufmerksamkeit zu verfolgen, hat über die Geschicklichkeit der Budapester Polizei bei der Beschaffung von Geständnissen und Beweismaterial oft zu staunen Gelegenheit gehabt. In den jüngsten Jahren haben sich alle die „Märchen", die die Emigrantenpresse im Auslande verbreitet hat, zu Tatsachen erhärtet, die in kontradiktorischem Verfahren vom Gerichte selbst als solche anerkannt wurden. Wenn also jetzt mit großem Tamtam die europäische Gefahrglocke geläutet wird, so ist dies kaum die echte Umsturzangst, eher abgekartetes Spiel."

Die Lügenberichte der Horthypolizei über „Geständnisse" des Genossen Rakosi sowie über phantastische „Organisationspläne" und Kongresse verlohnt es sich nicht zu vermerken. Wichtig ist aber die auch von der bürgerlichen „Prager Presse" signalisierte Tendenz: es soll nach Zankoffmuster eine große „Verschwörung" inszeniert, Galgen errichtet werden, um bestimmte politische Geschäfte abzuschließen. Bezeichnenderweise hat sich der „Vorwärts" bis heute noch nicht geäußert. Glaubt er nicht, daß ein wirklicher Massenprotest der Gesamtarbeiterschaft verhindern muß, daß die Horthybanditen ehrliche und tapfere Arbeiterführer wegen politischer Taten, die vor 6 Jahren begangen worden sind, dem Rachedurst der Konterrevolution zum Opfer bringen! In Budapest sollen Genossen nur wegen ihrer kommunistischen Gesinnung zu Tode gemartert und gehenkt werden! Arbeiter, laßt es nicht zu!

Protestaktion der IRH.

Berlin, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag tagende Brandenburger Rote-Hilfe-Konferenz protestierte unter Teilnahme vieler Parteiloser gegen den Terror der Horthy-Regierung. Folgendes Telegramm wurde der ungarischen Regierung übersandt:

„Mit Abscheu und Entrüstung erfahren die Werktätigen in Deutschland von Verhaftungen und gräßlichen Folterungen von Sozialisten und Kommunisten durch die ungarische Polizei. Im Namen Hunderttausender erhebt die in Berlin tagende Rote-Hilfe-Konferenz für Berlin-Brandenburg schärfsten Protest gegen die Folterungen der ungarischen Polizei, insbesondere gegen die Verhaftung des Genossen Rakosi, fordert die sofortige Einstellung von Folterungen und Freilassung der Verhafteten, sowie Bestrafung der Verantwortlichen. Die Rote Hilfe und die Werktätigen ganz Deutschlands werden gegen den Terror in Ungarn mobilisieren."

Eine Konferenz russischer Botschafter in Berlin

Moskau, 28. September. (Telunion.) Wie hier verlautet, wird am Mittwoch abend in Berlin eine Konferenz der russischen Botschafter im Auslande stattfinden. Auf dieser Konferenz wird **Tschitscherin** den Vorsitz führen. Diese Konferenz wird die Reorganisation des russischen Außendienstes erwägen. Der Botschafter in Berlin Krestinski wird seinen Urlaub abbrechen und am Dienstag in Berlin eintreffen, der Londoner Botschafter Rakowski wird am Mittwoch in Berlin sein, der Pariser Botschafter Krassin, der augenblicklich in Moskau weilt, wird ebenfalls am Mittwoch mit dem Zuge in Berlin eintreffen.

Was wollen die einzelnen Staaten beim Sicherheitspakt?

Die gesamte Diplomatie Europas ist eifrig am Werk, um die Sicherheitsfrage zu lösen. Eine Fülle von Noten, Erklärungen, diplomatischen Winkelzügen und Pressemanövern beschäftigt sich mit dem vielumstrittenen Gegenstand. Um in diesem Wirrwar die feste Grundlinie nicht zu verlieren, und um alle kapitalistischen Manöver zu durchschauen, seien die folgenden Tatsachen zusammengestellt:

Was will England? **Die englische Regierung** wünscht den Zusammenschluß der antibolschewistischen Kriegsfront. **Der Völkerbund soll das Kampfinstrument gegen Sowjetrußland werden. Darum soll Deutschland unter allen Umständen in den Völkerbund hineingehen.** Polen **ist der gegebene Sturmblock des** westlichen Kapitalismus **gegen die Sowjetregierung. Damit Polen in diesem Sinne wirken kann, muß es mit Deutschland versöhnt werden. Darum möchte England eine deutsch-polnische Verständigung in der Frage des Danziger Korridors gern sehen. Die englische Regierung hat aber keine Lust, sich unbedingt für Polen einzusetzen, bei allen Konflikten, die dieses unnatürliche Staatsgebilde künftig einmal haben kann. Nur wenn Polen gegen Sowjetrußland geht, wird England fest auf seiner Seite sein. Bei einem Streit zwischen Polen und Litauen, zwischen Polen und der Tschechoslowakei, oder auch zwischen Polen und Deutschland will England neutral bleiben. Darum widerstrebt England den französischen Vorschlägen, daß es im Rahmen eines „Ostpaktes" die jetzige Grenze Polens gegen jeden Feind mit garantiert. Dieses Risiko will die englische Bourgeoisie nicht übernehmen, aber man hält Deutschland für gut genug, um an Stelle Englands die Garantie der Existenz Polens zu übernehmen. Also, England selbst will keinen Ostpakt unterschreiben, aber Deutschland soll es statt dessen tun. England ist höchstens gewillt, sich an einem Westpakt zu beteiligen, d. h. an einer Garantie der gegenwärtigen Grenze zwischen Deutschland und Frankreich. Deutschland, Frankreich und England sollen sich gegenseitig verpflichten, jeden anzugreifen, der die bestehende deutsch-französische Grenze verletzt. Im ganzen ist die englische Politik die gefährlichste aller europäischer kapitalistischer Mächte, weil sie ganz konsequent gegen Sowjetrußland orientiert ist.**

Was will Frankreich? **Frankreich will die Sicherung der Grenzen, die der Versailler Vertrag festgelegt hat. Es will ganz besonders die Aufrechterhaltung Polens und der Tschechoslowakei in ihrer jetzigen Gestalt, denn Frankreichs militärische und wirtschaftliche Vormachtstellung in Mitteleuropa ist wesentlich von der Erhaltung dieser seiner beiden Vasallenstaaten abhängig. Darum wünscht Frankreich sowohl einen Westpakt als auch einen Ostpakt, als auch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, um Deutschland politisch völlig zu binden. Ferner erstrebt man eine möglichst weitgehende Garantie Englands für die bestehenden Grenzverhältnisse in Europa. Außerdem wünscht Frankreich die unbegrenzte Fortdauer der Besetzung des linken Rheinufers. Nach dem Programm des Marschalls Foch soll der Rhein als natürliche strategische Verteidigungslinie gegen Deutschland gehalten werden. Dieses Ziel ist entweder zu erreichen durch Fortdauer der jetzigen Ententebesetzung am linken Rheinufer oder dadurch, daß der Völkerbund die militärische Aufsicht am linken Rheinufer übernimmt. Auch Frankreichs Politik war bisher im europäischen Rahmen durchaus gegen Sowjetrußland orientiert.**

Was will Italien? **Italiens Interesse an** einer Sicherheitsfrage bezieht sich wesentlich auf die Aufrechterhaltung seiner Eroberungen im Weltkrieg: also Wahrung der Brenner Grenze zwischen Italien und Oesterreich, Aufrechterhaltung der Annexion Südtirols, kein Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland. Man glaubt nämlich in Italien, daß ein wiederhergestelltes Großdeutschland auch die Rückeroberung Südtirols versuchen würde. Die antirussische Orientierung ist zurzeit bei der italienischen Bourgeoisie lange nicht so stark wie z. B. bei der englischen.

Was will die Tschechoslowakei? **Selbstverständlich in erster Linie die Wahrung der Grenzen des Versailler Vertrages. Kein Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland, Aufrechterhaltung des französischen Bündnisses als Schutz gegen jede außenpolitische Gefahr. Auf der anderen Seite ist der Gegensatz zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Bourgeoisie nicht so stark wie der Gegensatz zwischen Deutschland und Polen. In Deutschland denkt niemand daran, die deutsch-tschechische Grenze ändern zu wollen. Trotzdem hat Minister Benesch in den vergangenen Jahren im Interesse der französischen Freundschaft eine scharf antideutsche Politik getrieben. So war er ein Hauptdrahtzieher bei der Teilung Oberschlesiens. Ebenso war Benesch die Seele der antibolschewistischen Politik der kleinen Entente. In letzter Zeit zeigt sich eine gewisse Schwenkung der regierenden Kreise der Tschechoslowakei. Man will das Verhältnis zu Rußland bessern und auch größere Konflikte mit Deutschland vermeiden. So erklärt sich der Vorschlag der tschechoslowaki-**